

**Zeitschrift:** Tsantsa : Zeitschrift der Schweizerischen Ethnologischen Gesellschaft  
= revue de la Société suisse d'ethnologie = rivista della Società svizzera  
d'etnologia

**Herausgeber:** Schweizerische Ethnologische Gesellschaft

**Band:** 4 (1999)

**Artikel:** Wir müssen uns auf strukturelle Barrieren konzentrieren

**Autor:** Ehret, Rebekka

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1007477>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 21.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



# Wir müssen uns auf strukturelle Barrieren konzentrieren

Interview mit Rebekka Ehret

Rebekka Ehret, Dr. des. phil. I, Oberassistentin am Ethnologischen Seminar der Universität Basel, mitbeteiligt am laufenden Nationalfonds-Programm 39 «Integration - Segregation: Interkulturelle Beziehungen in Basel, Bern und Zürich», befasst sich seit längerem mit «Integration», besonders auch im Bereich der interkulturellen Pädagogik. Ehret erhielt vom Migrationsdelegierten der Stadt Basel den Auftrag, ein Leitbild zur Integrationspolitik zu erstellen. Ehret war unabhängig in der Ausarbeitung des Konzeptes, besprach das Vorgehen aber fortwährend mit der Migrationskommission, in welcher unter anderem Leute aus Hilfswerken, städtischen Departementen und Ausländervernetzungsorganisationen vertreten sind. Die Vernehmlassung ist bereits in den Prozess des Schreibens integriert, das Leitbild wird immer noch modifiziert, sollte aber im Mai dieses Jahres der Regierung vorgelegt werden. Entsprechend sind die Angaben, die im Rahmen dieses Interviews gemacht wurden, unvollständig.

*Welches ist die Aufgabe des Leitbildes für die Integrationspolitik der Stadt Basel, und welchen Einfluss hatte die Zusammenarbeit mit einem politischen Gremium auf den Bericht?*

In erster Linie ging es mir und dem Migrationsdelegierten darum, eine Art Leitplanke für die zukünftige Integrationspolitik zu setzen, an der sich die Leute, die in der Verwaltung und in den jeweiligen Organisationen arbeiten, orientieren und halten können. Anders als in Bern und Zürich ist die Vernehmlassung bereits in den Prozess des Schreibens integriert, was mir ein kluges Vorgehen zu sein scheint. Während des Schreibprozesses muss immer wieder ausgehandelt werden, ob einzelne Anregungen zu den von uns ausgearbeiteten Leitlinien passen oder nicht. Da dies eine *bottom-up*-Strategie ist und auch zwei Regierungsräte in der Kommission sitzen, gehen wir davon aus, dass das Leitbild nicht nur verabschiedet wird, sondern dass es auch als verbindlich angesehen wird.



*Wie positionieren Sie das Leitbild Basel im Vergleich zu den anderen Leitbildern und welchen Stellenwert geben Sie einem städtischen Leitbild zur Integration im allgemeinen?*

Die drei Leitbilder sind stark von den einzelnen Personen geprägt. Als WissenschaftlerInnen sind wir nicht nur Zuliefernde, sondern es geht uns darum, eine gewisse Position zu erarbeiten, zu verteidigen und diese Position bekannt zu machen. PolitikerInnen hingegen sind interessiert, schnelle Lösungen zu haben, damit sie wiedergewählt werden. Ich frage mich, wie wertvoll solche Leitbilder überhaupt sind. Ich denke, sie sind wichtig, aber man darf sie nicht überbewerten. Das Leitbild Basel wird wohl das unspektakulärste sein, weil wir auch anders vorgegangen sind. Es blieb alles ruhig, wie es für den baslerischen Lokalkolorit typisch ist. Die politische Situation von Basel ist anders als in Bern oder Zürich; das Leitbild ist kein Produkt, das plötzlich an die Öffentlichkeit geworfen wird, sondern es sucht bereits während der Ausarbeitung einen Konsens zu erreichen. Ein wichtiger Punkt unseres Leitbildes ist, dass bei uns – vielleicht mehr noch als bei den anderen Leitbildern – Frauenanliegen, die den Migrations- und Integrationsprozess betreffen, ins Zentrum gestellt werden. So wird im baslerischen Leitbild klarer deklariert, dass Migrationspolitik eine Männerdomäne ist. In der Integrationsdiskussion werden frauenspezifische Anliegen, wie auch Kompetenzen und soziales Kapital der Frauen oft zu wenig berücksichtigt. Die Nutzung dieses Wissens und Potentials ist ein zentrales Anliegen im Leitbild Basel. Es muss überlegt werden, wie Frauen mit Migrationshintergrund in der Schweiz, ihr – trotz oftmals geringer schulischer Ausbildung – reiches Wissen und ihre Erfahrungen gesamtgesellschaftlich nutzen können. Um den tatsächlichen Anliegen der Migrantinnen gerecht werden zu können, habe ich aus eigener Initiative eine Gruppe von 20 Frauen eingeladen – Migrantinnen und Nicht-Migrantinnen, die in migrantenspezifischen Themenbereichen tätig sind – damit sie mir ein *feedback* zum Leitbild geben.

*Welche integrationspolitischen Massnahmen schlagen Sie in Ihrem Leitbild konkret vor?*

Hier ist vor allem zu sagen, dass noch keine der Vorschläge verabschiedet wurden; einige Beispiele aus dem Entwurf können hier aber genannt werden. Wir stellen zum Beispiel die Verordnung in Frage, dass ArbeitnehmerInnen ohne Niederlassungsbewilligung nur dann Arbeitsstellen verliehen werden können, wenn es keine gleichwertige schweizerische Bewerbung gibt. Wir betrachten diese Verordnung als anachronistische Bremse, da sie einzig auf dem Kriterium des «Nicht-Schweizer-Seins» basiert. Wir fordern, dass vermehrt Leute mit Migrationserfahrung in der öffentlichen Verwaltung aber auch in nicht-staatlichen Institutionen tätig werden, damit sich die Klientel auch wiederfinden. Wir möchten prinzipiell die Gleichstellung von Ausländerinnen und Ausländern auf dem Arbeitsmarkt garantieren. Auch möchten wir vermehrt die Mehrsprachigkeit fördern. Weiter drängt sich eine erleichterte Einbürgerung als Massnahme auf. Durch die Massnahmen sollen die soziale Benachteiligung von Zugewanderten der ersten und zweiten Generation aufgehoben und Integrationsbarrieren, welche die Chancengleichheit zur Partizipation in den Bereichen Arbeit, Bildung, Wohnen und Soziales verhindern, abgebaut werden. Zudem möchten wir einen bewussten Umgang mit Differenz und längerfristig die Gleichberechtigung von Mann und Frau bewirken. Dies bedeutet, dass man gerade bei der Zulassungssteuerung ganz heftig über die Bücher gehen muss, um eine Versachlichung, eine Entemotionalisierung der Diskussion zu erreichen. Deshalb wollten wir auch im Leitbild die Diskussion auf definierbare Massnahmen beschränken und uns nicht in ideellen Konstruktionen bewegen. Zu diesem Zweck habe ich vier Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, die Umsetzungsschwerpunkte zu den Themen «Schulbildung», «Berufs- und Weiterbildung», «Arbeit» und «Stadtentwicklung» erarbeiten. In diesen Arbeitsgruppen sitzen Leute, die «an der Basis» arbeiten und über eine gewisse Erfahrung in den jeweiligen Bereichen verfügen.



Dieses Vorgehen soll garantieren, dass die Massnahmen, die vorgeschlagen werden, realitätsnah bleiben.

*Von welchem Kulturbegriff gehen Sie aus, und wie lässt sich dieser Begriff in die Diskussion über ein Leitbild zur Integration einbringen?*

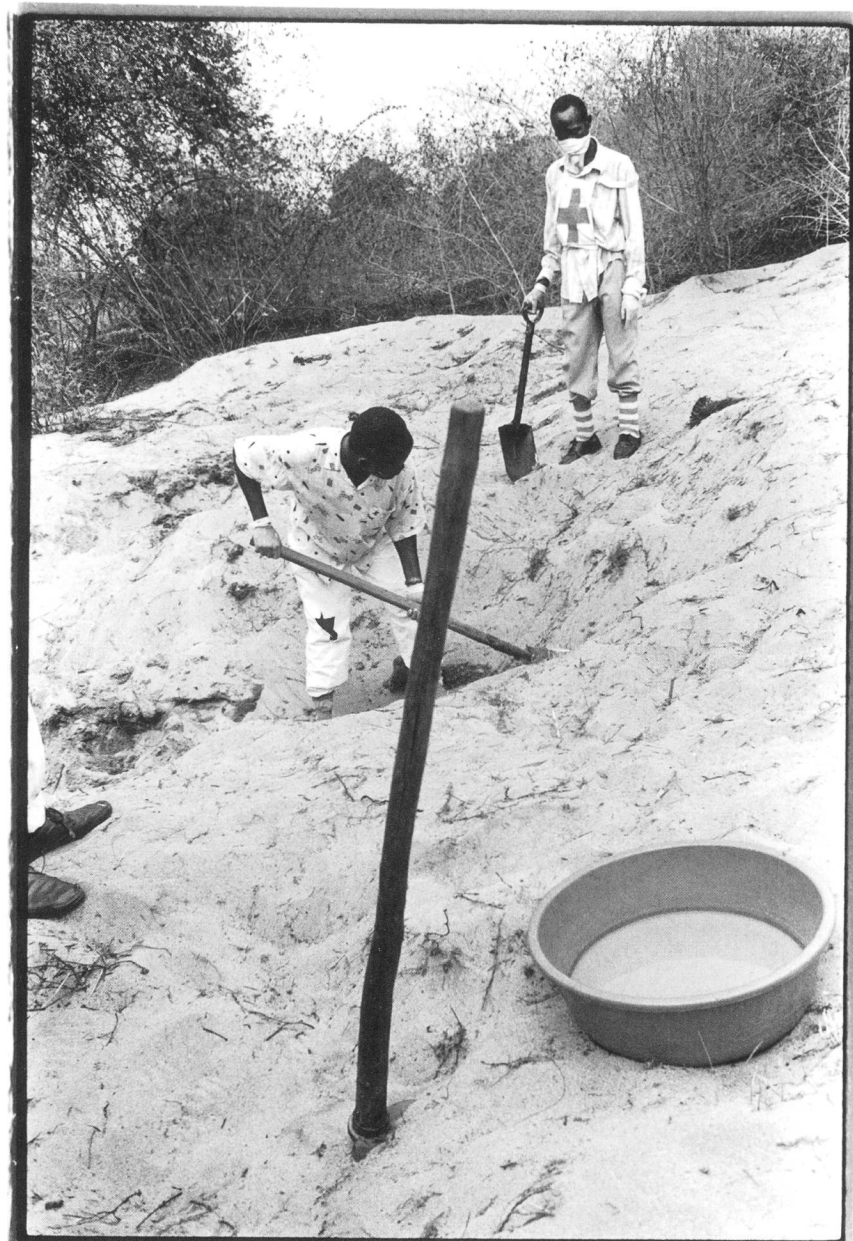
Ich denke, es kommt nicht von ungefähr, dass Ethnologinnen und Ethnologen mit dieser Arbeit betraut wurden. Es besteht die Ansicht, dass Leute mit ethnologischer Ausbildung im Umgang mit Differenz, «mit anderem, mit Fremdem sehr gewandt» sind. Ich habe mich aber in meinem Leitbild von der Idee distanziert, die kulturellen Unterschiede überzubewerten und habe mich nicht explizit auf die Diskussion eingelassen, was «Kultur» überhaupt ist. Es war für mich klar, dass es sich bei Migrationsfragen nicht zwingend um kulturelle Unterschiede, sondern um die Produktion von sozialer Ungleichheit handelt. Wir wissen alle, dass die Thematik von «Integration» und «Migration» – und in dem Sinne auch von «Kultur» an sich – in höchstem Masse politisiert wurde und immer noch wird. Dies wollte ich im Leitbild Basel verhindern.

*Sie klammern also den Kulturbegriff aus?*

In meinem Konzept habe ich Wert gelegt auf die soziale Integration in das gesellschaftliche Gesamtsystem. Ich wollte eine langwierige Debatte darüber vermeiden, wie sich «kulturelle Differenzen» festhalten lassen. Ich bin dabei gerade auch bei MigrantInnen auf grosses Echo gestossen, weil sie natürlich realisieren, wie sehr die Politisierung der Debatte für ihre Arbeit schädlich ist. Ich habe ein Produkt für die Politik erstellt und klargemacht, dass ich aufgrund der Integrationsdebatte zum Schluss komme, dass wir uns auf die strukturellen Barrieren konzentrieren müssen. Für mich hat ein politisch umsetzbares Konzept nur dann Hand und Fuss, wenn wir uns auf eine Strukturdiskussion einlassen. Dies war ein Aushandlungsprozess; manchen Kommissionsmitgliedern wäre es lieber gewesen, wenn ich gesagt hätte: «Natürlich ist es anders, wenn jemand aus einem anderen kulturellen Kontext in die Schweiz kommt.» Meines Erachtens bringt diese Diskussion aber nichts, weil wir so an den eigentlichen Problemen vorbeidiskutieren. Um Integration zu fördern, ist es wichtig, von der Idee des Defizitprogrammes wegzukommen und auf ein Programm, das Fähigkeiten und Potentiale in den Vordergrund rückt, umzuschalten.

*Wie definieren Sie «Integration», wer wird integriert und welche Konzepte kommen zum Tragen?*

Ich gehe davon aus, dass es im Prinzip keine «Nicht-Integration», sondern nur graduelle Abstufungen von Integration gibt. Ich spreche in meinem Leitbild oft auch von «dem Teil der Bevölkerung ohne Schweizer Pass», weil das vielfach das einzige Kriterium ist, das sie von Schweizerinnen und Schweizern unterscheidet. Es geht darum, in der gesellschaftlichen Wettbewerbssituation eine Statusposition zu erreichen. Die zugewanderte Bevölkerung hat hier klare strukturelle Nachteile und deshalb einen erschwerten Zugang zu Statuspositionen in verschiedenen Bereichen wie auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt oder auf dem Gebiet der Bildung. Von diesem Integrationskonzept gehe ich aus, weil es meines Erachtens die einzige Möglichkeit bietet, in einem politischen Verordnungsfeld tätig zu sein. Ich kann niemandem vorschreiben, häufiger mit dem Nachbar zusammensitzen und Kaffee zu trinken. Auf der politischen Ebene gibt es nur die Möglichkeit, die erwähnten Leitlinien festzulegen. Es ist wichtig zu sehen, dass das Ganze ein Prozess ist: wir geben mit den Leitlinien nur vor, in welchem Rahmen sich die Integration bewegen soll, die Integrationspolitik, welche daraus erfolgt, beruht dann auf einem Aushandlungsprozess.



© Michaël Zumstein /family  
photos: Congo - Kalemie - Des  
volontaires de la Croix-Rouge  
congolaise déterrent des corps  
ensevelis depuis le mois de  
septembre. octobre 1998

*Wie beurteilen Sie das Konzept «Multikulturalismus»?*

Solange wir keine politische Gleichberechtigung haben, ist das für mich eine müßige Diskussion. Mit einer echten politischen Gleichberechtigung wäre es wahrscheinlich nicht mehr nötig von «Multikulturalismus» zu sprechen, zumindest nicht im Sinne von «kulturalisierten» Unterschieden, welche aus der nationalen Herkunft hergeleitet werden. Man könnte sich stattdessen grundsätzlicher überlegen, in welchen unterschiedlichen Bedeutungswelten wir leben – Bedeutungswelten, die ja oft nur im privaten Bereich zum Tragen kommen und die sich nicht politisch und gesetzlich regeln lassen. Eine zukünftige Integrationspolitik sollte die Menschen individuell ernstnehmen und herkunftsorientierten Strömungen entgegenwirken, indem sie die sozialen und politischen Probleme und Konflikte aller Beteiligten auf der greifbaren Ebene präzise untersuchter Partizipationsmechanismen zu lösen versucht. Als politisches Instrumentarium sollte sie unterschiedliche Lebensweisen im privaten Raum belassen, im



öffentlichen, politischen Raum jedoch die darauf aufbauenden Ungleichheiten im spezifischen Umgang mit MigrantInnen benennen und zumindest längerfristig beseitigen.

*Wie haben Sie in der Zusammenarbeit mit der Kommission Missverständnisse oder ungewollte Kompromisse vermieden?*

Diese Gefahr besteht natürlich. Ich habe von Anfang an klar deklariert, was ich will, besonders auch dem Migrationsbeauftragten gegenüber. Ich kann nicht eine Position vertreten, die mir gedanklich zuwiderläuft, das wäre unethisch. Ich möchte nicht ein Produkt verkaufen, sondern mein Wissen in einer Form einbringen, die mehrheitsfähig ist. Wenn ich mich vereinnahmen liesse, dann würde ich selbst auch politisiert und wäre Zuliefernde für irgendeine politische Richtung. Als Wissenschaftlerin will ich aber die reflektierende Ebene beibehalten. Auf dieser Ebene war es unabdingbar, dass die Kommission meine Haltung akzeptieren konnte, sonst wäre eine Zusammenarbeit nicht möglich gewesen.

*Gibt es Punkte, bei denen Sie zum Kompromiss nicht bereit waren?*

Was das Grundkonzept betrifft, war ich nicht kompromissbereit. Wenn es um die Umsetzung geht, dann bin ich tendenziell – als Person – eher ungeduldig, aber ich habe einiges gelernt und bin geduldiger geworden, im Sinne, dass ich die Anliegen der Beteiligten auch tatsächlich anhöre.

*Wo sehen Sie Schwierigkeiten, Ihre eigenen Konzepte gegenüber der Verwaltung und Politik zu vertreten?*

Um mit der Verwaltung kommunizieren zu können, müssen wir unsere Ergebnisse in eine verständige Sprache packen, ohne der Komplexität Abbruch zu tun. Bis jetzt habe ich eigentlich gute Erfahrungen gemacht. Die Menschen, die in der Verwaltung sitzen, sind so beschäftigt, dass sie sich nicht noch zusätzlich in eine Thematik einarbeiten können. Sie schätzen es deshalb, wenn man ihnen die Resultate oder die Vorgehensweise aufbereitet bringt. Aus der Praxis kommend, sind sie sich auch der Problemlage bewusst und dankbar für Lösungsansätze in der Art, wie wir sie zum Beispiel in einem Leitbild liefern können. Trotzdem ist es eine grosse Herausforderung, die unterschiedlichen Ansprüche der AuftraggeberInnen und der AuftragnehmerInnen miteinander zu vereinigen, denn im Prinzip sind sie nicht kompatibel. Was die PraktikerInnen und die PolitikInnen möchten, ist mit unserem Wissen als WissenschaftlerInnen nicht kongruent. Wenn wir als WissenschaftlerInnen nicht auf einer Zulieferungsebene stehen bleiben wollen, müssen wir, um die Arbeit spannender zu gestalten, die Konzepte und die Theorien zusammen mit den in der Praxis Tätigen entwickeln. Teil des Beobachtungssets zu sein, würde auch helfen, die Überlegungen der PraktikerInnen verstehen zu lernen.

*Beabsichtigen Sie erneut, Projekte im Auftragsbereich zu übernehmen?*

Die Mitarbeit an kleineren Projekten könnte ich mir gut vorstellen, besonders weil ich die Zusammenarbeit mit dem hiesigen Migrationsdelegierten als sehr positiv empfand. Die Voraussetzung wäre aber, dass gewisse Bedingungen von Seiten der AuftraggeberInnen vorgängig geklärt würden, so zum Beispiel die Frage, aus welcher Perspektive und von welchen Ideen die verschiedenen Leute in der Verwaltung eigentlich ausgehen. Darüber, scheint mir, wird noch zuwenig diskutiert. Ich hatte dadurch eine grosse Freiheit in meinem Vorgehen, aber in Zukunft wünschte ich mir eine bessere Kommunikation mit den AuftraggeberInnen. Ein grösseres Forschungsprojekt würde ich lieber in Form einer Nicht-Auftragsforschung durchführen.